



**Schleswig-Holstein.**

**Industrieland. Mittelstandsland. Zukunftsland.**

Beschluss des Landesausschusses  
der CDU Schleswig-Holstein

22.05.2024 | Kiel

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>1</b>
<b>SCHLESWIG-HOLSTEIN. INDUSTRIELAND. ....</b>	<b>2</b>
Unternehmen brauchen ausreichend Flächen und Entwicklungsmöglichkeiten .....	2
Unternehmen brauchen kurze Wege und Planungssicherheit.....	3
Eine starke wehrtechnische Industrie für ein sicheres Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa .....	3
Erneuerbare Energie als Wettbewerbsvorteil .....	4
<b>SCHLESWIG-HOLSTEIN. MITTELSTANDSLAND. ....</b>	<b>6</b>
Produktion rauf, Bürokratie runter .....	6
Ausbilden, um Fachkräftepotenzial bestmöglich zu nutzen .....	7
Erfolgreiche Unternehmensnachfolgen für eine gesunde Wirtschaft .....	8
Gründungsland .....	9
<b>SCHLESWIG-HOLSTEIN. ZUKUNFTSLAND.....</b>	<b>10</b>
Welcome – und ab zur Arbeit!.....	10
Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland .....	12
Inländisches Potenzial heben.....	13
Infrastruktur – auf der Straße, auf der Schiene, auf dem Wasser .....	15
Digitale Vorreiterregion und digitale Wirtschaft .....	17

## **EINLEITUNG**

Global betrachtet befinden wir uns nach schwierigen Jahren für die Weltwirtschaft wieder in einer Phase des Aufschwungs. Doch im internationalen Vergleich der Industrieländer gehört Deutschland zu den wachstumsschwächsten Staaten. Die lange sicher geglaubte Gasversorgung der deutschen Wirtschaft aus Russland wurde in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine gekappt und ließ die Energiepreise zeitweise in nie gekannte Höhen schießen. Längere Produktionsstillstände und inflationsbedingte Kaufkraftverluste waren die Folge und wirken sich noch immer aus.

Die aktuelle Bundesregierung hat es versäumt, Deutschland schwungvoll wieder auf die Überholspur zu führen und lässt die deutsche Wirtschaft im Stich. Sie hat es weder vermocht, Entlastungen beim Strompreis insbesondere für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, zu schaffen, noch eine grundlegende Reform der staatlich induzierten Preisbestandteile im Energiesektor anzugehen.

Daneben fehlt es der deutschen Wirtschaft an der Luft zum Atmen und Investieren. Zwar war das Wachstumschancengesetz ein wichtiger Schritt, um die Unternehmen mit Steuerentlastungen und Maßnahmen zum Bürokratieabbau pro Jahr um 3,2 Milliarden Euro zu entlasten. Gerade bei den Bürokratiekosten, die aufgrund von Berichtspflichten oder langen Planungs- und Genehmigungsverfahren anfallen, muss aber noch deutlich mehr passieren. Verabredungen, die der Bund mit den Ländern getroffen hat, wie beim Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung, müssen schneller und verbindlich umgesetzt werden. Es braucht hier echte und spürbare Entlastungen der Unternehmen und eine neue Denkweise.

In Schleswig-Holstein leben wir ein anderes politisches Vorgehen und Miteinander: gemeinsam Initiativen entwickeln und Lösungen in der Koalition über Parteigrenzen hinweg finden. Wir als Union bekennen uns zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft, wollen die Energiewende ideologiefrei gestalten und damit langfristig eine klimafreundliche, bezahlbare und sichere Energieversorgung gewährleisten. Schleswig-Holstein ist ein Land, in dem die Menschen gerne leben und kreative Ideen entwickeln: Nicht umsonst sind wir seit Jahren die glücklichsten Menschen in Deutschland. Eine gelebte Leistungskultur ist auch ein wichtiger Baustein für unseren gemeinsamen Erfolg. Verantwortung und Engagement des einzelnen Menschen gilt es zu fördern und anzuerkennen. Die Menschen wünschen sich gelebte Solidarität, parallel aber muss der politische und gesellschaftliche Respekt vor Engagement, Fleiß und Tatkraft erhalten bleiben. Mehr Anerkennung und mehr Lohn für Leistung, das ist das Ziel unserer Politik, denn Erfolg muss Spaß machen.

Als CDU Schleswig-Holstein arbeiten wir jeden Tag an einem Land, in dem die Menschen gerne leben, arbeiten, Urlaub machen. Wir sind überzeugt: Schleswig-Holstein kann Industrieland. Schleswig-Holstein ist Mittelstandsland. Schleswig-Holstein wird Zukunftsland. Schleswig-Holstein ist Digitalland.

### **SCHLESWIG-HOLSTEIN. INDUSTRIELAND.**

Schleswig-Holstein soll erstes klimaneutrales Industrieland werden. Wir sind auf dem Weg, das Ziel bis 2040 zu erreichen. Mit unserer Erneuerbaren Energie sind wir hochattraktiver Standort für Unternehmen aus aller Welt. Die Ansiedlung von Northvolt zeigt, welche Kraft in uns steckt und was wir erreichen können, wenn Region, Land und Bund zusammen an diesem Ziel arbeiten. Dieser Ansiedlung werden viele weitere folgen. Ziel ist es, die Wertschöpfung im Land zu steigern. Wir wollen gute Arbeitsplätze und produzierendes Gewerbe ansiedeln, von dem auch unser Mittelstand durch Aufträge profitiert. Im Vergleich erreicht Schleswig-Holstein beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nur Rang 11 und liegt unter dem Bundesschnitt. Durch die Ansiedlung Northvolts und weiterer großer Unternehmen kann in Schleswig-Holstein auch die Quote der Unternehmensausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) deutlich steigen. Besonders bei einem Mix von großen und mittelständischen Unternehmen kann sich ein aktives Innovationsklima gut entwickeln. Je höher die FuE-Ausgaben in einem Land, desto höher steigt das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Wir wollen alles dafür tun, Schleswig-Holstein zum klimaneutralen Industrieland weiterzuentwickeln. Dafür sind einige Faktoren entscheidend:

#### **Unternehmen brauchen ausreichend Flächen und Entwicklungsmöglichkeiten**

Im Landesentwicklungsplan und den Regionalplänen muss ausreichend Raum für eine schnelle Entwicklung in den kommenden Jahren geschaffen werden. Dafür bedarf es Flexibilität innerhalb der Pläne. Interkommunale Gewerbegebiete bieten große Chancen für die Gemeinden und müssen genutzt werden. Flächen von landespolitischem Interesse müssen gesichert und entwickelt werden, um schnell auf Anfragen für Ansiedlungen reagieren zu können. Gleichzeitig wissen wir: Entwicklungsachsen befinden sich nicht nur an Straßen. Wir werden in den kommenden Jahren eine Entwicklung hin zu Ansiedlungen an der Netzinfrastruktur sehen. Diese muss ebenfalls als Entwicklungsachse betrachtet werden. Wir werden planerisch dabei unterstützen, energieintensives Gewerbe und Industrie dort anzusiedeln, wo die Energie am besten genutzt werden kann. Dabei gilt auch, dass Wirtschaftsförderungen, Gemeinden und Kreise in die Lage versetzt werden müssen, auch langfristig zu planen und Flächen zu entwickeln. Dafür brauchen diese Akteure eine Risikoabsicherung, falls sich Flächen anders entwickeln als erwartet. Mit dem Entwicklungsfonds des Landes sorgen wir für eine Absicherung, falls Flächen zu niedrigeren Preisen weiterverkauft werden müssen, und geben die Möglichkeit, Darlehen in ausreichender Höhe aufnehmen zu können.

*Wir fordern:*

- Entwicklungsmöglichkeiten und Flexibilität im Landesentwicklungsplan und den Regionalplänen.
- Langfristige Planungen und Entwicklung von Flächen.
- Risikoabsicherung für investierende und planerisch aktive Akteure.

### **Unternehmen brauchen kurze Wege und Planungssicherheit**

Northvolt hat gezeigt, wie erfolgreich wir sind, wenn alle Räder ineinandergreifen und Bund, Land und Region zielgerichtet zusammenarbeiten. Industriecluster wie in Brunsbüttel können Beispiele für weitere Industrieflächen im Land sein. Die Vernetzung der Akteure, zum Beispiel im Bereich der Mikroelektronik, soll aktiv vorangetrieben werden. Gerade Schleswig-Holstein zeichnet aus, dass die Wege kurz und Abstimmungen schnell sind. Das ist ein echter Standortvorteil, den wir weiter ausspielen müssen und werden. Wir wollen eine Ansiedlungs-Task-Force für Großprojekte einrichten, die sich allen genehmigungsrechtlichen und planerischen Fragen annehmen und direkt mit den Unternehmen zusammenarbeiten soll – immer orientiert an bestmöglichen und schnellsten Ergebnissen für Ansiedlungsvorhaben.

*Wir fordern:*

- Aktive Vernetzung von Akteuren.
- Eine Ansiedlungs-Task-Force für Großprojekte.

### **Eine starke wehrtechnische Industrie für ein sicheres Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa**

Wir haben bereits starke, auch industriell geprägte Cluster bei uns im Land. Mit den Life Sciences und hier besonders auch in Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt Hamburg, der Ernährungswirtschaft, insbesondere im Raum Lübeck der maritimen Wirtschaft, dem Tourismus, sowie der Energiebranche und dem Maschinenbau sind wir in Schleswig-Holstein gut aufgestellt. Ziel der Ansiedlungsstrategie des Landes ist es, diese Branchen weiter zu stärken und zu weiteren Ansiedlungen zu kommen.

Für Schleswig-Holstein ist insbesondere die wehrtechnische Industrie ein zentrales Element der heimischen Wirtschaft. Diese bietet in Schleswig-Holstein attraktive, zum großen Teil tarifgebundene Arbeitsplätze und trägt erheblich zur Wertschöpfung des Landes bei. Gerade in der heutigen Zeit, in der Sicherheit, Stabilität und Frieden auch in Westeuropa bedroht sind, ist diese Industrie von höchster Wichtigkeit für unser Land. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine befindet sich im dritten Jahr. Unsere wehrtechnische Industrie unterstützt dabei, auf die veränderten sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen Deutschlands, der EU und der NATO reagieren zu können.

Die Struktur der rund 30 Unternehmen in der schleswig-holsteinischen Rüstungsindustrie aus wehrtechnischen Betrieben und Zulieferern beinhaltet den Marineschiffbau, Landsystem- und Luftfahrtindustrie, Kommunikationssysteme, Optik sowie Waffen- und Munitionssysteme. Die Bundesregierung muss für diese Unternehmen Planbarkeit und Verlässlichkeit schaffen, indem sie Aufträge und Rahmenverträge auch langfristig vergibt. Das Siegel „*Made in Schleswig-Holstein*“ ist ein Zeichen von bester und sicherer Qualität. Es kann nur schnell und in großem Umfang produziert werden, wenn Investitionssicherheit gegeben ist. Das Sondervermögen für die Bundeswehr soll auch weiterhin Vorhaben der Marine in großem Umfang miteinbeziehen. Beschaffungen von Ausrüstung, Ausstattung, Ersatzteilen und Munition müssen zügiger durchgeführt werden und Beschleunigungsmöglichkeiten im Vergaberecht müssen stärker genutzt werden.

*Wir fordern:*

- Die zügige Beschaffung von wehrtechnischem Gerät durch den Bund und verlässliche Planungssicherheit für die Unternehmen.
- Wertschöpfung, Beschäftigung und Leistungsfähigkeit müssen im Land gehalten und die Betreuungsfähigkeit sichergestellt werden. Das betrifft bestehende Systeme wie beispielsweise den Eurofighter genauso wie künftige. Es muss sichergestellt sein, dass das Know-How im Land bleibt und Fachkräfte durch entstehende Lücken in der Betreuung der Unternehmen in Schleswig-Holstein nicht abwandern müssen.
- Harmonisierung der europäischen Rüstungsexportbestimmungen muss umgesetzt werden.
- Die verlässliche und schnellere Umsetzung von Exportgenehmigungen muss umgesetzt werden.
- Finanzierungsmöglichkeiten der wehrtechnischen Industrie müssen verbessert werden.

**Erneuerbare Energie als Wettbewerbsvorteil**

Wir gestalten unsere Energiepolitik mit zwei Zielen: Sie muss klimafreundlich sein und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sicherstellen. Als rohstoffarmes Bundesland handeln wir daher entlang einer zentralen Fragestellung: Wie generieren wir aus dem Rohstoff Erneuerbare Energie Wirtschaftswachstum für Schleswig-Holstein? Gerade an unserer Westküste finden wir Eignungsflächen für Industrieansiedlungen. Die umfangreichen Entwicklungen rund um die Themen Batterieproduktion und -forschung entlang der Entwicklungsachse A23 unterstützen wir ausdrücklich. Auch landesweit spielt grüne Energie eine immer größere Rolle. Wir begrüßen die Ansiedlung einer Fabrik für grünen Wasserstoff im Herzen Schleswig-Holsteins in Neumünster. Als Land, das alle Windstärken zwischen Windstille, einer lauen Brise und einem kräftigen Herbststurm kennt, wissen wir um die Relevanz von sicheren Speichermöglichkeiten für z. B. Windenergie. Das müssen wir voranbringen.

Zudem benötigen wir eine Reform insbesondere im Hinblick auf die Netzentgelte. Die Netzentgeltsystematik muss so justiert werden, dass dynamische Netzentgelte verbrauchsseitige Flexibilitätspotenziale zu heben helfen und die Kosten der Integration von Erneuerbaren Energien fair und verzerrungsfrei verteilt werden. Die regionalen Unterschiede in Deutschland beim Ausbau erneuerbarer Energien und der unzureichende Ausbau der Netzinfrastruktur in einigen Teilen Deutschlands führen zu problematischen Marktergebnissen und belasten letztlich die Regionen überproportional, die Strom aus Erneuerbaren produzieren. Vor diesem Hintergrund dürfen Regionen mit starkem Ausbau von Erneuerbaren Energien nicht länger die höchsten Lasten tragen, sondern müssen spürbar entlastet werden. Außerdem werden aktuell in der einheitlichen Gebotszone regionale Knappheitssignale nicht im Strompreis abgebildet und so eine stärkere Flexibilisierung des industriellen Stromverbrauchs verhindert. Ein Gebotszonensplit, der Knappheitssignale im Markt widerspiegelt, kann dazu beitragen, dass sich Unternehmen dort ansiedeln, wo viel grüner Strom vorhanden ist. Hierbei sind Rückwirkungen auf die Versorgungssicherheit ebenso in den Blick zu nehmen wie Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und ansiedlungspolitische Chancen für den Standort, die sich aus der Entstehung regionaler Preissignale ergeben können.

Ein weiteres Thema ist die Nutzung von aufgrund von Netzengpässen nicht produzierten Strommengen nach dem Prinzip „Nutzen statt Abregeln“ sowie die Nutzung von in räumlicher Nähe erzeugtem Strom. Der Strombezug in Regionen mit einer hohen Erzeugungsleistung Erneuerbarer Energien im direkten räumlichen Zusammenhang sollte erleichtert werden. Wie im Industrietriolog bekräftigt, sind Power Purchase Agreements (PPA's) eine Möglichkeit für Unternehmen, selbstständig stabile Strompreise durch die direkte Abnahme zu verhandeln und sicherzustellen. Diese privatwirtschaftliche Lösung kann dabei für beide Partner Vorteile mit sich bringen und vermeidet den sonst notwendigen Netzausbau.

*Wir fordern:*

- Eine Reform der Netzentgeltsystematik.
- Die Absenkung der staatlich induzierten Strompreiskosten und die Einführung von Strompreiszonen.
- Sichere Speichermöglichkeiten und Nutzung in direkter Nähe zur Erzeugung.
- Die Vermeidung von Abregelungen durch Stromnutzung vor Ort.

## **SCHLESWIG-HOLSTEIN. MITTELSTANDSLAND.**

Schleswig-Holsteins Wirtschaftsstruktur ist insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägt. Diese Unternehmen bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft, haben den größten Anteil an Ausbildungsplätzen und sichern gute und zuverlässige Arbeitsplätze im Land. Die Bedürfnisse und Besonderheiten der mittelständischen Unternehmensstruktur müssen daher weiter einen Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik bilden. Dazu gehört insbesondere auch die Land- und Ernährungswirtschaft als wichtiger Grundpfeiler des ländlichen Raumes. Sie leistet den elementaren Beitrag zur Ernährungssicherheit und beteiligt sich auch bei der Erfüllung der wichtigen Ziele Umwelt-, Klima-, Arten- und Ressourcenschutz. Mit Anreizen und Unterstützung statt Verboten setzen wir uns für bessere und verlässlichere Rahmenbedingungen und somit für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ein. Die zukünftige Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) muss neben Honorierungen von Umweltauflagen auch den Abbau der Regulierungen und die Förderung neuer Techniken in den Fokus nehmen.

Überbordende Vergaberegeln sind für öffentliche Auftraggeber und auch für die Unternehmen, die Angebote abgeben, kontraproduktiv. Handwerksbetriebe, mittelständische Bauunternehmen sowie kleinere Ingenieur- und Architektenbüros können nur mit hohem Aufwand Angebote abgeben. Die Kommunalen Spitzenverbände wie der deutsche Landkreistag bemühen sich seit langem in Brüssel darum, hier zu Erleichterungen der Vergabepraxis zu kommen. Die EU-Vergaberichtlinien müssen deutlich von Formalismus und unzähligen Selbsterklärungen befreit werden. Zudem müssen die EU-Schwellenwerte zum Beispiel für freiberufliche Leistungen von jetzt 25.000 € erheblich angehoben werden. Die erfolgreiche Ansiedlung von Northvolt an der Westküste ist ein Schaufenster in die Welt, dass sowohl Industrie als auch Mittelstand hervorragende Produktions- und Arbeitsbedingungen im Land zwischen den Meeren finden. Der Mittelstand ist Garant für die Robustheit und die Leistungsstärke der Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Mittelständler verfügen über die Innovationskraft, die Transformation zu gestalten und Marktführer für Zukunftstechnologien „*Made in Schleswig-Holstein*“ zu werden.

### **Produktion rauf, Bürokratie runter**

Unser Mittelstand wird zu oft durch Bürokratie gehemmt. Ein Beispiel: Ein Handwerksbetrieb muss einen Ersthelfer, einen Maschinenbeauftragten, einen Datenschutzbeauftragten, eine Fachkraft für Arbeitssicherheit und einen Brandschutzbeauftragten auswählen, ausbilden und bestellen. Weiter müssen einige Mitarbeiter schriftlich als Baumaschinenführer eingewiesen, unterrichtet und schriftlich bestellt werden. Gleichzeitig braucht er eine Genehmigung für alles, wie z. B. von der GEMA für die Telefonschleife oder eine Anmeldung bei der Künstlersozialkasse für ein neues Firmenlogo. Ein weiteres eindruckliches Beispiel ist der Berichterstattungsumfang verschiedener Statistikabfragen für Betriebe aus Schleswig-Holstein an das Statistische Amt für SH und HH, die sowohl monats-

quartals- als auch jahresweise erfolgen muss. Sowohl die Quartals- als auch die Jahresmeldungen wären rechnerisch auf Grundlage der Monatsmeldungen ermittelbar. Außerdem muss das Rotationsprinzip, nachdem Betriebe nur rotierend und nicht ständig zur Berichterstattung herangezogen werden, konsequent angewendet werden. Ziel muss es sein, die Betriebe spürbar von bürokratischen Lasten zu befreien. Außerdem müssen bei neuen gesetzlichen Regelungen die Belange des Mittelstandes noch stärker berücksichtigt und Bürokratie auf das notwendige Minimum begrenzt werden. Wir stehen zur Handlungsmaxime: “one in, two out“ – für jede neue Regelung müssen zwei Regelungen entfallen. Dort, wo unter Länderhoheit möglich, wollen wir die Bemessungsgrenzen für Berichtspflichten und das Beauftragtenwesen deutlich erhöhen, damit sich wertvolle Arbeitskräfte wieder stärker um das eigentliche Kerngeschäft kümmern können.

Wir wissen um die Belastungen des Handwerks. Neben alltäglicher körperlicher Arbeit sind hier die Unternehmer ebenfalls mit Bürokratie konfrontiert und müssen dieser oft außerhalb der Kernarbeitszeit begegnen: Tagsüber wird im Betrieb gearbeitet und angepackt, abends muss dann die Schreibtischarbeit und Bürokratie erledigt werden. Das ist kein Zustand. Die Verschlinkung von Verwaltungsabläufen auf sämtlichen politischen Ebenen muss endlich in die Tat umgesetzt werden, damit unser Mittelstand spürbare Bürokratieentlastungen erfährt. Ein Instrument kann ein Belastungs- und Bürokratiemoratorium sein. Mit dem Ausbau der open data-Plattform des Landes zu einem Datenhaus Schleswig-Holstein wollen wir nicht nur in der Verwaltung vorhandene Daten zur Verfügung stellen und nutzbar machen, sondern gerade auch den Unternehmen ermöglichen, ihre Daten bereit zu stellen und so Wertschöpfung zu generieren.

*Wir fordern:*

- Bürokratie auf das nötige Minimum begrenzen.
- Belange des Mittelstandes bei gesetzlichen Regelungen stärker berücksichtigen.
- Berichtspflichten verringern und Beauftragtenwesen verkleinern.
- Ein Belastungs- und Bürokratiemoratorium durchführen.
- Die open data-Plattform des Landes fortentwickeln.

### **Ausbilden, um Fachkräftepotenzial bestmöglich zu nutzen**

Kleine und mittelständische Unternehmen sind wichtige betriebliche Ausbildungsstätten in unserem Land und zentraler Baustein im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Wir bekennen uns zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung und wollen die Berufsorientierung für Ausbildungsberufe in allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen weiter stärken. Die bisherigen Anstrengungen in diesem Bereich müssen durch eine konsequente Umsetzung des Landeskonzepts Berufsorientierung erhöht werden. Wir begrüßen, dass Berufsorientierung und Praktika an allen Schularten verpflichtend stattfinden. Mit Maßnahmen der Potenzialanalyse, Berufsfelderprobungen, Praktika und ver-

bindlichen Regelungen zur Zusammenarbeit mit Unternehmen, Behörden, Jugendberufsagenturen, Kammern, Innungen und zwischen allgemein bildenden und beruflichen Schulen bestehen bereits heute vielfältige Maßnahmen der Beruflichen Orientierung. Diese Maßnahmen werden regelmäßig überprüft und evaluiert. Die Förderung des Bereichs der Berufsvorbereitung in den Berufsbildenden Schulen (BIK-, AV- und BVM-Klassen) sowie der Ausbau und die Entwicklung gemeinsamer Standards bei den Jugendberufsagenturen und eine landesweite Praktikumsbörse sind weitere wichtige Bausteine. Insbesondere die Einladung von Schulklassen in Betriebe kann junge Menschen für eine Ausbildung begeistern. Auch hauptamtliche Feuerwehren, die Bundeswehr und kommunale Sozial- und Ordnungsdienste sind Akteure der beruflichen Orientierung.

Mit dem Masterplan Berufliche Bildung für das duale Ausbildungssystem schafft die CDU-geführte Landesregierung die Grundlage für ein zukunftsfähiges und leistungsstarkes System der beruflichen Bildung für duale Ausbildungsberufe. In einer Welt, in der es so zahlreiche Angebote in der Ausbildungs- und Berufswelt gibt, müssen wir junge Menschen stärker in die Praxis bringen. Wir ermutigen kleine und mittelständische Unternehmen, weiter ihre wertvolle Ausbildungsarbeit auszubauen und werden dafür sorgen, dass auch das hohe ehrenamtliche Engagement von Menschen im beruflichen Ausbildungssystem, z. B. durch das umfangreiche Prüfungswesen mit Prüfungsausschuss, Zwischen- und Abschlussprüfungen und Kammer- bzw. Innungswesen, besser gewürdigt wird.

Auszubilden ist keine Selbstverständlichkeit. Als CDU Schleswig-Holstein wollen wir einen landesweiten Ausbildungsgipfel unter dem Motto „Ausbilden? Ja, bitte!“ veranstalten, um mit den ausbildenden Betrieben und Interessierten ins Gespräch zu kommen, wo der Schuh drückt und wo wir landesseitig unterstützen können.

*Wir fordern:*

- Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung herstellen.
- Die Zusammenarbeit von Schulen und relevanten Akteuren der beruflichen Bildung stärken.
- Ehrenamt im beruflichen Ausbildungssystem wertschätzen und fördern.
- Einen Ausbildungsgipfel mit bereits ausbildenden und an Ausbildung interessierten Betrieben.

### **Erfolgreiche Unternehmensnachfolgen für eine gesunde Wirtschaft**

In Schleswig-Holstein stehen in den kommenden Jahren viele Unternehmen zur Nachfolge an. Abgebende und Nachfolgende müssen sich frühzeitig mit dem Thema beschäftigen. Immer noch widmen sich vor allem Abgebende zu spät der eigenen Nachfolgeregelung, dabei dient eine erfolgreiche Nachfolge der Sicherung des eigens aufgebauten Unternehmens, des eigenen Lebenswerkes. In Schleswig-Holstein stehen viele Beratungs- und Finanzierungsangebote zur Verfügung – auch hier sind die Wege kurz. Wir wollen gemeinsam mit

den Akteurinnen und Akteuren einen Beitrag dazu leisten, mehr Menschen für die Übernahme eines Unternehmens zu begeistern. Viele Übergaben finden nicht mehr innerhalb der Familie statt. Diesem Umstand muss Rechnung getragen werden. Auch hier bedarf es einer gezielten Unterstützung des Übergabeprozesses. Durch Veranstaltungen und gezielte Marketingkampagnen soll das Thema Unternehmensübergabe ganz oben auf die Agenda kommen und dafür sensibilisiert werden. Unterstützungsangebote wie die Meistergründungsprämie im Handwerk sollen auch weiterhin einen Beitrag des Landes zur Unterstützung von Nachfolgenden leisten.

*Wir fordern:*

- Veranstaltungen und gezielte Marketingkampagnen.
- Weiterführung der Meistergründungsprämie.

### **Gründungsland**

Wir setzen uns für ein gründerfreundliches Umfeld ein, bei dem innovative Gründerinnen und Gründer sowie neue Geschäftsmodelle gefördert werden sowie ein unterstützendes Umfeld aus Beteiligungskapital und erfahrenen Mentorinnen und Mentoren ausgebaut wird. Eine niedrigschwellige Einstiegsförderung für Innovationsvorhaben in Startups nimmt eine wichtige Rolle in der Förderstrategie Schleswig-Holsteins ein. Der mit fast sieben Millionen Euro geförderter StartUp SH, in dem sich alle Hochschulen, hochschulnahen Institutionen, weitere Gründungsunterstützer und Startups aus Schleswig-Holstein vernetzen und austauschen, ist deutschlandweit bisher einzigartig. Wir setzen uns dafür ein, ein positives Bild des Unternehmertums in der Öffentlichkeit zu schaffen, nicht nur um Gründungsinteressierte zu ermutigen, ihre Ideen umzusetzen, sondern auch, um ein attraktives Umfeld für Investitionen in Startups durch private Anleger zu schaffen, auch über die Phase des Startkapitals (*Seed-Phase*) hinweg. Daher wollen wir uns für eine schnellere Abschreibung von Investitionen in Startups einsetzen. Insgesamt streben wir dabei die Unterstützung nachhaltiger Investitionen an, denn innovative Lösungsansätze für die Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nicht innerhalb kurzer Zeit rentabel umsetzen. Zusätzlich wollen wir die Bürokratie in der ohnehin herausfordernden Startphase auf ein Minimum begrenzen. Darüber hinaus werden wir uns für die Anhebung des Gewerbesteuer-Freibetrags einsetzen.

Wir wollen den Gründergeist durch eine noch umfassendere Vernetzung von Regelschulen und Wirtschaft verstärken. Schleswig-Holstein hat bereits mit der Umsetzung des Landeskonzpts Entrepreneurship Education („EE.SH – Wir unternehmen was!“) einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gemacht, um den Gründergeist bereits in jungen Jahren zu fördern. So wird z. B. der Unterricht für Praxiskontakte geöffnet oder Fachunterricht mithilfe von Makromethoden wie z. B. Fallstudien oder Thementagen gestaltet. Darüber hinaus bedarf es der Etablierung einer Fehlerkultur. Die Akzeptanz des Risikos und das Verständnis dafür, dass Misserfolge nicht auszuschließen sind, können Gründerinnen und

Gründer ermutigen, neue Ideen auszuprobieren und innovative Wege zu erschließen. Wichtig ist dabei zu verstehen, dass ohne Risiko kein Erfolg möglich ist. Es werden daher bereits jetzt Gründungsinteressierte, die während ihres Studiums, ihrer Forschungsarbeit oder in anderen Umgebungen eine innovative, vorzugsweise technologieorientierte, wissensintensive oder nachhaltige Geschäftsidee entwickelt haben, mit dem Gründungsstipendium unterstützt. Es wird begrüßt, dass bereits heute im Hochschulgesetz die Grundlage geschaffen wurde, dass die Gründung eines Unternehmens während des Studiums als Grund für ein Urlaubssemester anerkannt wird. Diese Möglichkeit soll im Zusammenhang mit Gründungsinitiativen an Hochschulen beworben werden.

*Wir fordern:*

- Niedrigschwellige Einstiegsförderung für Innovationsvorhaben in Startups.
- Schnellere Abschreibung von Investitionen in Startups.
- Anhebung des Gewerbesteuer-Freibetrags.
- Noch umfassendere Vernetzung von Regelschulen und Wirtschaft.
- Bewerbung, dass die Gründung eines Unternehmens während des Studiums als Grund für ein Urlaubssemester anerkannt wird.

### **SCHLESWIG-HOLSTEIN. ZUKUNFTSLAND.**

Schleswig-Holstein ist Zukunftsland und hat verschiedene Standortstärken, die in den kommenden Jahren helfen werden, den Norden weiter positiv zu entwickeln. Unsere Nähe zu Skandinavien im Norden und zur Metropole Hamburg im Süden ist einmalig: Das müssen wir nutzen. Die meisten Rahmenbedingungen verbessern sich nicht von alleine. Politik muss dafür Impulse geben und konkrete Maßnahmen ergreifen. Im echten Norden leben die glücklichsten Menschen. Das ist ein starkes Argument, um bei uns zu leben und zu arbeiten. Wir müssen aktiv um Arbeits- und Fachkräfte werben. Schleswig-Holstein muss eine neue Erreichbarkeit entwickeln. Dafür brauchen wir eine Infrastruktur, die Nordeuropa mit Deutschland verbindet. Neue Technologien schaffen auch ganz neue Möglichkeiten. Davon wollen wir auch in Schleswig-Holstein profitieren. Und auch weiterhin leben wir dort, wo andere Urlaub machen. Das sind Stärken von Schleswig-Holstein, die wir für uns nutzen müssen.

### **Welcome – und ab zur Arbeit!**

Unser Land braucht Fachkräfte. Um den Herausforderungen des demografischen Wandels und dem Wachstum der vergangenen Jahre zu begegnen, müssen wir weitere Potenziale in der Erwerbsarbeit im Inland heben, aber auch durch Zuwanderung Zugang zu neuen Fach- und Arbeitskräften erschließen. Nur so werden wir langfristig unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand sichern können. Wir stehen in Konkurrenz zu anderen Ländern und Staaten. Daher müssen auch wir uns anstrengen, denn die Aufgabe wird in den

kommenden Jahren immer größer. Die Lücke auf dem Arbeitsmarkt wird in den kommenden zehn Jahren auf über 300.000 Fach- und Arbeitskräfte ansteigen, wenn wir nicht jetzt reagieren.

Unser Ziel ist eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften. Größtes Hindernis einer Arbeitsmigration ist die Sprachbarriere. Für uns zählt dabei: Spracherwerb muss nicht zwangsläufig vor der Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit folgen. Eine neue Sprache erlernen wir nicht nur im Sprachkurs, sondern auch im Alltag, beim Einkaufen, im Sportverein – und auch bei der Arbeit. Wir sind der Auffassung, dass die schnellstmögliche Integration in Arbeit sowohl zielführend bei der Integration als auch bei der Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels ist. Deshalb unterstützen wir den Job-Turbo zur schnelleren Integration von Geflüchteten im Arbeitsmarkt. Daneben sehen wir aber auch das Erfordernis, Personen, die noch nicht dezentral untergekommen sind und/oder die zwar eine gewisse Bleibeperspektive aufweisen, ohne dass sie bereits einen dauerhaften Aufenthaltstitel haben, die Möglichkeit zu eröffnen, auf dem Arbeitsmarkt schneller beziehungsweise überhaupt Fuß zu fassen. Das darf allerdings nur für Personen gelten, die integrationswillig sind und straffrei leben.

Wer aus dem Ausland kommt und eine berufliche Grundqualifikation insbesondere in den sogenannten Mangelberufen sowie ausreichend gute Deutschkenntnisse nachweisen kann, der soll auch in Schleswig-Holstein eine reguläre duale Berufsausbildung beginnen können. Das Welcome Center Schleswig-Holstein ist erfolgreich gestartet. Als zentrale Anlaufstelle in Schleswig-Holstein für Unternehmen und internationale Talente wird hier der Weg aus dem Ausland nach Schleswig-Holstein geebnet. Diese Struktur müssen wir in den kommenden Jahren weiterentwickeln. Gerade kleine und mittlere Unternehmen brauchen spezifische Unterstützung. Dabei kann es sinnvoll sein, dass das Welcome Center Schleswig-Holstein auch verstärkt regionale Beratungs- und Unterstützungsangebote anbietet. Die Begleitung der Ansiedlung von Northvolt in der Region Westküste kann dabei ein erster Schritt sein.

*Wir fordern:*

- Umsetzung des Job-Turbos zur schnelleren Integration von Geflüchteten am Arbeitsmarkt.
- Geeigneten Menschen aus dem Ausland den Zugang zum Ausbildungsmarkt ermöglichen.
- Einen vereinfachten Zugang zum Arbeitsmarkt durch die schnellere Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen und Abschlüssen sowie die Schaffung von Nachqualifizierungs- und angepassten Sprachangeboten.
- Rechtliche Erleichterungen bei der Arbeitsaufnahme von Geflüchteten.
- Regionale Beratungs- und Unterstützungsangebote des Welcome Centers.

## **Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland**

Wir müssen aber auch gezielt im Ausland für Schleswig-Holstein und den Norden werben. Dabei wollen wir mit anderen Ländern zusammenarbeiten und Anwerbestrategien entwickeln. Zudem wollen wir in Kooperation mit den Goethe-Instituten geeigneten Menschen aus dem Ausland den Zugang zum Ausbildungsmarkt in Schleswig-Holstein erleichtern. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Goethe-Institute mit ihren 159 Einrichtungen in 98 Ländern stärker einzubinden, um für Arbeitsmigranten frühzeitig den deutschen Spracherwerb im eigenen Land zu ermöglichen. Dazu gehört eine ausreichende Finanzierung der Goethe-Institute, mit der letztlich Sprachkurse zu angemessenen Preisen angeboten werden können.

Wir brauchen Bedingungen, die für interessierte Fach- und Arbeitskräfte so attraktiv sind, dass Deutschland die erste Wahl wird. Die wichtigsten Handlungsfelder sind ein attraktives Aufenthaltsrecht für Arbeitsmigration, die angemessene Berufsankennung von Qualifikationen und Fähigkeiten aus dem Ausland sowie die Etablierung einer Willkommenskultur, die eine längerfristige Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt möglich macht und positiv unterstützt. Dabei hat sich gezeigt, dass insbesondere die langwierigen Anerkennungsverfahren von beruflichen Qualifikationen ein großes Hindernis für die Fachkräfteeinwanderung darstellen. Wir wollen deswegen auch qualifizierten Unternehmen ermöglichen, Berufsqualifikationsanerkennungen durchzuführen. Dies soll in enger Abstimmung mit der IHK und der Handwerkskammer sowie nach festgelegten Standards erfolgen. Visaverfahren müssen nicht nur zügiger erfolgen, sondern auch bürokratieärmer - Anforderung an Fach- und Arbeitskräfte dürfen nicht maßlos werden. Eine Maßnahme können dafür weitere bilaterale Abkommen darstellen.

Wir haben verstanden, dass wir uns Fachkräfte aus dem Ausland nicht aussuchen können, sondern dass es darum geht, dass sich Fachkräfte für oder gegen uns entscheiden. Wir stehen in einem harten Wettbewerb mit anderen Industrienationen, in dem wir nur bestehen werden, wenn wir im internationalen Vergleich auch attraktiv genug sind. Dabei müssen wir auch neue Wege ausprobieren. Englisch ist Weltsprache und gleichzeitig auch in Schleswig-Holstein größtenteils erlernte Fremdsprache Nr. 1. Wir wollen die englische Sprachkompetenz der Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter deshalb weiter verbessern. Dies gilt insbesondere für Behörden, mit denen ausländische Fachkräfte regelmäßig Kontakt haben.

Darüber hinaus wollen wir uns dafür einsetzen, dass ausländische Fachkräfte, die bereits bei uns im Land sind, auch im Land bleiben. Es ist insbesondere zu beobachten, dass ausländische Studierende nach der Promotion, insbesondere im Rahmen der Naturwissenschaften, Deutschland verlassen – und das oft nicht in Richtung Heimatland, sondern in andere Länder wie z. B. die Schweiz oder die USA. Diese Abwanderung von Akademikerin-

nen und Akademikern im Anschluss an die Promotion im Rahmen der sogenannten Post-doc-Phase begrenzt sich dabei nicht auf ausländische Akademikerinnen und Akademiker. Denn häufig verlassen auch deutsche hochqualifizierte Akademikerinnen und Akademiker nach der Promotion Deutschland. Hintergrund ist u. a. das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), das die Rechtsgrundlage für wissenschaftliches Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen bildet und derzeit auf Bundesebene reformiert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die maximale Befristungsdauer für Post-docs nicht verkürzt wird. Ziel ist es, nicht nur der durch den Zeitdruck bedingten sinkenden Qualität wissenschaftlicher Arbeit entgegenzuwirken, sondern auch attraktive Bedingungen für Akademikerinnen und Akademiker in der Forschung und Wissenschaft zu schaffen. Dadurch soll der Wissenschaftsstandort gestärkt und eine Abwanderung ins Ausland verhindert werden.

*Wir fordern:*

- Kooperation mit den Goethe-Instituten im Ausland ausbauen.
- Durchführung von Berufsqualifikationsanerkennungen durch qualifizierte Unternehmen.
- Verbesserung der englischen Sprachkompetenz in unseren Behörden.
- Attraktive Rahmen- und Vertragsbedingungen für wissenschaftliches Personal.

### **Inländisches Potenzial heben**

Wir müssen darüber hinaus weiteres inländisches Potenzial im Arbeitsmarkt heben. Auch die Erwerbsbeteiligung von Frauen kann durch weiter verbesserte Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie durch bessere Teilzeitmodelle erhöht werden. Gerade eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen kann bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels helfen. Dazu gehört für uns das Schließen des Gender Pay Gaps sowie die Einführung eines Mutterschutzes für Unternehmerinnen und Mandatsträgerinnen. Sollte es gelingen, die Erwerbstätigkeit von Frauen denen der Männer gleichzustellen, können 25 Prozent der bestehenden Fachkräftelücken geschlossen werden. Gerade die Kinderbetreuung ist hier ein entscheidender Faktor. Wir müssen daher den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Schule zügig umsetzen. Daneben wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern, Betriebskindergärten in Schleswig-Holstein zu betreiben. Diese können auch überbetrieblich organisiert sein.

Wir müssen umfassend die Möglichkeiten verbessern, länger am Erwerbsleben teilzunehmen. Dabei geht es in erster Linie nicht darum, das gesetzliche Renteneintrittsalter anzupassen, auch wenn eine Angleichung an die gestiegene Lebenserwartung sinnvoll erscheint. Wichtiger ist, das Arbeiten im höheren Alter attraktiver zu gestalten. Der Vorschlag einer Aktivrente kann dabei unterstützen. Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht hat und freiwillig weiterarbeiten möchte, sollte sein Gehalt bis zu einem bestimmten Betrag steu-

erfrei bekommen. Zudem müssen wir ein besonderes Augenmerk einerseits auf die Integration von Langzeitarbeitslosen, andererseits von Menschen mit Behinderung legen: Arbeit ist die beste Möglichkeit, ein selbstbestimmtes, vom Staat und staatlichen Unterstützungsgeldern unabhängiges Erwerbs- und Privatleben zu führen. Ziel muss es im Kontext der umzusetzenden Maßnahmen auch sein, die Potenziale von Langzeitarbeitslosen stärker zu heben. Es gilt: intensiver qualifizieren und effizienter vermitteln, um leichter für offene Stellen in Unternehmen in Betracht zu kommen.

Eine weitere wichtige Facette für die Hebung des Fachkräftepotenzials im Land sind die Reduzierung der Schulabbrecherquote und die Reformierung des Übergangssystems zwischen Schule und Beruf. Hier sind weitere Reformschritte zu gehen, um Menschen im Übergangssystem schneller zum Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt zu bewegen.

*Wir fordern:*

- Schließung des Gender Pay Gaps.
- Einführung eines Mutterschutzes für Unternehmerinnen und Mandatsträgerinnen.
- Ausweitung des Konzepts der Betriebskindergärten.
- Einführung einer Aktivrente auf Bundesebene.
- Steuerfreie Gehälter bis zu einem bestimmten Betrag nach Eintritt ins Rentenalter.
- Unterstützung von Langzeitarbeitslosen sowie Menschen mit Behinderung bei der Integration in den Arbeitsmarkt.
- Reform des Übergangssystems Schule und Beruf.

### **Chancenland: Bildung als Faktor für Potenzialwachstum**

Die Stärkung des Bildungssystems bildet insgesamt einen der wichtigsten Faktoren für wirtschaftliches Wachstum. Nur ein starkes Bildungssystem qualifiziert die Fachkräfte von morgen und sichert Wohlstand, Wachstum und Demokratie. Hierfür sind die Aspekte Stärkung der frühkindlichen Bildung, verpflichtende Sprachförderung und Stärkung der Chancengerechtigkeit unabdingbar. Bildungsförderung beginnt bei den Jüngsten. Daher ist die Stärkung der frühkindlichen Bildung von herausragender Bedeutung. Der Übergang zwischen der Kindertagesstätte und der Grundschule muss daher durch eine verpflichtende, frühe Sprachförderung und ein Sprachscreening verbessert werden.

Die Förderung von basalen Kompetenzen wie Rechnen, Schreiben und Lesen in der Grundschule ist der Schlüssel zum Bildungserfolg. Die CDU-geführte Landesregierung setzt hier mit der systematischen Förderung durch den Handlungsplan Basale Kompetenzen die richtigen Schwerpunkte. Kinder mit schlechteren Startchancen müssen besonders unterstützt werden, damit die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem weiterhin verbessert wird. Die Landesregierung hat hier mit der Einführung des PerspektivSchulprogramms ein wegweisendes Programm eingeführt. Die Fortsetzung des PerspektivSchulprogramms, die Ausweitung des Programmes auf den Bereich Kindertagesstätten und die enge Verzahnung

mit dem Startchancenprogramm von Bund und Ländern sind daher entscheidende Maßnahmen für gerechtere Bildungschancen.

*Wir fordern:*

- Die Einführung eines verbesserten Übergangs zwischen Kindertagesstätte und Grundschule durch frühe Sprachförderung und Sprachscreening.
- Die Fortsetzung des PerspektivSchulprogrammes und Ausweitung auf den Bereich Kindertagesstätten.
- Eine Ausweitung des PerspektivSchulprogramms im Rahmen des Startchancenprogramms auf bis zu 135 Schulen.

### **Infrastruktur – auf der Straße, auf der Schiene, auf dem Wasser**

Infrastrukturell betrachtet ist Schleswig-Holstein Scharnier zwischen der Metropole Hamburg und dem Königreich Dänemark, wobei die Ostseeregion unser gemeinsamer Entwicklungsraum ist. Diese geographische Lagegunst, in der die Ostsee als Meer der Möglichkeiten vielfältige Chancen eröffnet, gilt es, entschlossen zu nutzen. Wirtschaftliche Stärke braucht gute Verbindungen. Gute Verkehrswege sind ein wesentlicher Standortfaktor. Verkehrlich gut vernetzte Regionen bieten Vorteile für Arbeitskräfte, Kundinnen und Kunden sowie kostengünstigen Gütertransport. Insbesondere peripher gelegene Standorte können durch eine vernetzte Infrastruktur viel Wohlstandsgewinne erzeugen. Schleswig-Holsteins einzigartige Lage zwischen zwei Meeren und deren Verbindung durch den Nord-Ostsee-Kanal bieten uns die besten Voraussetzungen für einen infrastrukturellen Aufstieg.

Wir wollen unsere verteidigungswichtige Infrastruktur ausbauen und zukunftsfest machen. Der A7-Ausbau, Neubau der A20 sowie die Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbelt-Querung (FFBQ) und Sanierung und Neubau von (elektrifizierten) Bahnstrecken sind zentrale Investitionen einer deutschlandweit nach Norden und insbesondere zu unseren auch neuen NATO-Partnern in Skandinavien gerichteten Infrastruktur, die wir bereits heute aktiv vorantreiben. Gleichzeitig wollen wir unsere Häfen an Nord- und Ostsee weiter stärken, um kombinierte Verkehre zu erleichtern. Dazu gehört auch der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und des Elbe-Lübeck-Kanals als wichtige Verbindung für See- und Binnenschifffahrt. Mit der FFBQ eröffnet sich – nicht nur für Schleswig-Holstein – ein neuer Wirtschaftsraum in Nordeuropa. Nach ihrer Fertigstellung wird es möglich sein, innerhalb von eineinhalb Stunden mit dem Zug von Lübeck nach Kopenhagen zu reisen und Waren und Güter zu transportieren. Die FFBQ wird die dänisch-deutsche Zusammenarbeit noch mehr verstärken und das maritime Wirtschaftsdreieck zwischen Dänemark, Schleswig-Holstein und Hamburg ankurbeln.

Neben den Ausbauprojekten, die Schleswig-Holstein attraktiver anbinden werden, brauchen wir ein stabiles und nachhaltiges Unterhaltungs- und Instandsetzungsmanagement.

In den nächsten Jahren dürfen, trotz der herausfordernden finanziellen Haushaltslage, gerade Brücken nicht zum infrastrukturellen Nadelöhr werden. Für verlässliche Transportverbindungen brauchen wir zudem Schwerlasttrouten und kürzere Genehmigungsverfahren für Schwerlasttransporte. Für die LKW-Logistik wollen wir weitere Park- und Rastanlagen ausweisen und Autohöfe einrichten. Mit der Erweiterung des Straßennetzes für GIGALINER stützen wir den Logistikstandort weiter.

Allen Akteuren ist klar: Planungs- und Genehmigungszeiten in Deutschland müssen erheblich verkürzt werden. Jetzt gilt es, die Planungs- und Genehmigungshemmnisse konsequent abzubauen. In Schleswig-Holstein hat die CDU-geführte Landesregierung mit der Einrichtung eines neuen Senats für Infrastrukturangelegenheiten am Obergericht bereits einen wichtigen Schritt für eine Beschleunigung von Verfahren unternommen, der sich positiv auf die Industrie und Wirtschaft in Schleswig-Holstein auswirken kann. Wir wollen aber auch rechtlich alle verfügbaren Mittel zur Beschleunigung nutzen und uns aktiv in Gesetzgebungsprozesse zur Planungsbeschleunigung einbringen. Mit dem geplanten Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Infrastrukturbereich setzen wir im Land den Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung des Bundes mit den Ländern sowie des Normenscreenings auf Landesebene um.

*Wir fordern:*

- Der Bau der A20 muss weiter und mit Schnelligkeit vorangetrieben werden.
- Der Bau der Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbelt-Querung muss bis 2029 fertiggestellt sein.
- Für die Entwicklung der Westküste müssen die Schienenverbindungen Heide-Neumünster sowie Hamburg-Westerland elektrifiziert und durchgehend zweigleisig ausgebaut sowie ein Neubau der Brücke Hochdonn durch den Bund vorangetrieben werden.
- Der Aus- und Weiterbau der B5 und A21 sind ebenfalls von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.
- Schleswig-Holstein wird weiter aktiv Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigen und im Bund weiterhin auf Beschleunigungen drängen.
- Wir wollen ein stabiles und nachhaltiges Unterhaltungs- und Instandsetzungsmanagement unserer Infrastruktur mit dem Schwerpunkt auf Brücken einführen.
- Durch gezielte Unterstützung von Güterverkehrszentren und Häfen wollen wir den Anteil der Kombinierten Verkehre weiter steigern.
- Der LKW-Logistik wollen wir mit dem Ausbau von Park- und Rastanlagen sichere Abstellmöglichkeiten bieten.

## **Digitale Vorreiterregion und digitale Wirtschaft**

Die digitale Transformation von Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Gesellschaft insgesamt lässt sich nur mit einer starken heimischen digitalen Wirtschaft in Schleswig-Holstein gestalten. Dafür bedarf es einer weiteren Stärkung unseres digitalen Ökosystems Schleswig-Holstein aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Neben der Verstärkung der Förderung des Clusters Digitale Wirtschaft Schleswig-Holstein, der DiWiSH, haben wir mit dem DigitalHub.SH Ende 2023 ein neuartiges Instrument entwickelt, mit welchem die Förderung von Innovationen, das Informieren und das Vernetzen für eine digital souveräne Gesellschaft auf eine neue Stufe gehoben wurden. Unser Weg der digitalen Souveränität folgt einem klaren industriepolitischen Kompass zur Stärkung der Digitalwirtschaft in Schleswig-Holstein. Wir werden unsere öffentlichen Budgets nicht mehr nur für Lizenzgebühren aufwenden müssen, sondern in echte Programmierungsleistungen unserer heimischen Digitalwirtschaft investieren und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort schaffen. Mit der Umsetzung der open source-Strategie für die öffentliche Verwaltung sowie dem Landesprogramm Offene Innovation, welches durch den DigitalHub im Auftrag der Staatskanzlei umgesetzt wird, ist der Weg dafür geebnet.

Grundvoraussetzung für die Ansiedlung von Unternehmen und das Schaffen von Wachstum und Beschäftigung in traditionellen Branchen und in der Digitalwirtschaft ist eine gut ausgebaute digitale Infrastruktur. Schnelles Internet und Co. sind zugleich Standortfaktor im Wettbewerb um knappe Arbeitskräfte. Deshalb werden wir auch weiterhin in unsere digitale Infrastruktur investieren und diese ausbauen und verbessern. Bereits jetzt ist Schleswig-Holstein deutschlandweit Spitzenreiter beim Ausbau von Glasfaser. 70% der Haushalte können einen Glasfaseranschluss buchen. Dies gilt es, in voller Dynamik bis zum vollständigen Ausbau fortzusetzen. Aber nicht allein der Breitbandausbau ist Rückgrat für eine boomende Wirtschaft. Auch der Ausbau der Datenübertragung über LoRaWan, WLAN und 5G sind entscheidende Standortfaktoren. Den begonnenen Aufbau des landesweiten LoRaWan setzen wir mit unseren privaten Partnern weiter um und bauen eine Datenplattform auf.

Diese Datenübertragungsmöglichkeiten sind für unsere Datenökonomie essenziell. Nur durch eine umfassende Datenverfügbarkeit in hoher Qualität lassen sich die in Daten liegenden Wertschöpfungspotenziale umfassend für unsere Unternehmen erschließen. Wir werden weiter am Ausbau unserer open data-Plattform arbeiten und diese zu einem Datenhaus Schleswig-Holstein weiterentwickeln. Darin sollen alle in der Verwaltung verfügbaren Daten abgelegt werden und kostenfrei öffentlich zur Verfügung stehen. Unternehmen und Anwenderinnen und Anwender erhalten so die Möglichkeit, Geschäftsfelder fortzuentwickeln. Zugleich ermuntern wir Unternehmen im Sinne der Gegenseitigkeit und des Vertrauens, Daten bereitzustellen und so weitere Mehrwerte für alle zu schaffen. Die Verfügbarkeit von Daten lässt sich nur dann verbessern, wenn Datenschutzhemmnisse einer Bereitstellung nicht im Wege stehen. Deshalb werden wir überall dort, wo solche Hemmnisse identifiziert werden, diese abbauen, wenn sie die DSGVO-Vorgaben übersteigen.

Zugleich sind solche Datenplattformen Grundlage für unsere vielfältigen Aktivitäten in den Bereichen *smart city* und *smart region*. Sie sorgen nicht nur für einen ressourcenschonenden Umgang mit öffentlichen Mitteln, sondern machen das Leben für die Bürgerinnen und Bürger leichter und tragen so zur Verbesserung der Lebensbedingungen in unserem Land bei – ein unschätzbare Standortfaktor. Das gilt auch für die Leistungen der Daseinsvorsorge, z. B. in den Bereichen Mobilität und Gesundheit, welche wir durch die Nutzung digitaler Technologien weiter verbessern.

Der Einsatz von KI wirkt auf alle Branchen und Geschäftsfelder disruptiv. Zukünftig wird daher ohne den Einsatz von KI im jeweiligen Geschäftsfeld kein Unternehmen mehr wettbewerbsfähig sein. Dies stellt die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Schleswig-Holstein vor besondere Herausforderungen, weil diese oftmals nicht über die eigenen Fähigkeiten und Ressourcen verfügt, die Potenziale von KI für sich nutzbar zu machen. Die Landesregierung hat eigens dafür mit dem KI-Transfer-Hub, der inzwischen elementarer Teil der KI-Anwendungszentren ist, ein Beratungsinstrument geschaffen, mit dem wir unsere Wirtschaft darin unterstützen, KI-Technologien nutzbar zu machen und einzusetzen. Der KI-Transfer-Hub ist Teil unserer umfassenden KI-Strategie, mit der wir an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft anwendungsorientiert Projekte unterstützen. Ihn wollen wir weiter stärken. In diesem Zusammenhang werden wir auch den operativen Umsetzungsweg der KI-Strategie, insbesondere unser KI-Sondervermögen, mit weiteren finanziellen Mitteln ausstatten.

Unsere Unternehmen wie auch unsere Verwaltungen sehen sich tagtäglich unterschiedlichen Angriffen im digitalen Raum ausgesetzt. Gerade unsere KMU haben kaum die Ressourcen, sich umfassend mit dem Thema Cybersicherheit auseinanderzusetzen. Sie brauchen unsere Unterstützung sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote. Diese werden wir (fort-)entwickeln und entlang der veränderten Herausforderungen prüfen und ggf. neu strukturieren.

Die digitale Transformation unserer Verwaltung hilft dabei, unsere Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger aber auch für Unternehmen rund um die Uhr 24/7 erreichbar zu machen. Schon heute sind über 700 Verwaltungsleistungen, die digital beantragt und beschieden werden können, über das Serviceportal des Landes verfügbar und täglich werden es mehr. Die Nutzung spart Wege und damit wertvolle Zeit – für Unternehmen und für Arbeitskräfte. In diesem Sinne gilt es, möglichst alle Verwaltungsleistungen über Bürger- und Unternehmenskonten verfügbar zu machen und die Weiterverarbeitung von Anliegen und Anträgen und digitale Bescheidung medienbruchfrei sicherzustellen. Das beschleunigt bei den Planungs- und Genehmigungsprozessen. Wenn wir hier schneller als andere Standorte sind, haben wir einen echten Standortvorteil. In diesen Verfahren können sowohl im Antragsverfahren als auch im Bearbeitungsverfahren KI-gesteuerte Prozesse helfen. Dies wollen wir weiter vorantreiben.

Wir werden des Weiteren den begonnenen Prozess des Abbaus von Digitalisierungshemmnissen umsetzen. Dazu hat eine Task Force gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft, der Verbände und Vereine, sozialer Organisationen und der Kommunen ein umfassendes Vorschlagspaket entwickelt, welches sich bereits in Abarbeitung befindet. Aber wir werden uns nicht nur um den Abbau von bestehenden Hindernissen kümmern, sondern dafür sorgen, dass erst gar keine neuen entstehen. Hier setzt unser Digitalcheck an, bei dem es darum geht, Gesetzentwürfe und andere Regelungen bereits in ihrer Ausformulierung digitalfreundlich zu gestalten; Digitaltauglichkeit entscheidet sich ganz zu Beginn eines Prozesses. Zukünftig gilt ein digitaler Dreiklang: Gesetze werden „Digital-by-Design“, Verwaltungsabläufe werden „Digital-by-Default“ und die Interaktion zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen verläuft „Digital-first“. So bringen wir noch mehr Dynamik in die digitale Transformation.

Klimaneutralität und digitale Transformation sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Der Weg zum klimaneutralen Industrieland gelingt nur bei vollständiger Ausschöpfung der Potenziale der Digitalisierung, insbesondere durch den Einsatz und die Anwendung von KI, ob bei der Prognose von Stromproduktion und -verbrauch, bei der Analyse und der Optimierung der Produktionsanlagen für Erneuerbare Energien, der Stabilisierung unserer Stromnetze oder bei EE-Genehmigungsverfahren. Die digitale Transformation geht aber auch mit zusätzlichem Ressourcenverbrauch, beispielsweise durch den Bau und Ausbau von Rechenzentren, und damit CO<sub>2</sub>-Ausstoß einher. Um dennoch das Ziel der Klimaneutralität für unser Land nicht zu gefährden, hat die Landesregierung eine GreenIT-Strategie entwickelt und darin über 40 konkrete Maßnahmen zur Begrenzung des Ressourcenverbrauchs beschrieben, die Stück für Stück und Maßnahme für Maßnahme umgesetzt werden.

Mit all diesen Maßnahmen und den weiteren in der Digitalstrategie Schleswig-Holstein mit seinen Clusterstrategien von der Landesregierung entwickelten Handlungsfeldern wird Schleswig-Holstein zum digitalisierungsfreundlichsten Land und zur digitalen Vorreiterregion in Europa.

*Wir fordern:*

- Ausbau des digitalen Ökosystems (DigitalHub.SH, DiWiSH), um Wachstumspotenziale für die schleswig-holsteinische Digitalwirtschaft auszubauen und neue zu erschließen.
- Umsetzung der open source-Strategie in der Landesverwaltung und über das Landesprogramm offene Innovationen als industriepolitischer Anker für unsere Digitalwirtschaft.
- Bis 2025 weitgehender und bis 2030 vollständiger Abschluss des Glasfaserausbaus. Dabei werden wir darauf achten, den Überbau zu vermeiden und wertvolle volkswirtschaftliche Ressourcen nicht zu verschwenden.

- Abschluss des Aufbaus des landesweit flächendeckenden LoRaWAN und Aufbau einer Datenplattform.
- Verstetigung der Beratungsangebote, wie den KI-Transfer-Hub, für unsere KMU zum Einsatz von KI in ihren Geschäftsfeldern.
- Ausbau der open-data-Plattform und Weiterentwicklung zu einem Datenhaus Schleswig-Holstein und Abbau von Datenschutzhemmnissen.
- Umsetzung der KI-Strategie mit einem Fokus auf anwendungsorientierte Projekte und Bereitstellung der hierfür erforderlichen finanziellen Mittel im Sondervermögen.
- Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Cybersicherheit für unsere KMU und für kommunale Verwaltungen.
- Digitalisierung des Zugangs zur Verwaltung und Schaffung von vollständig digitalen medienbruchfreien Prozessketten innerhalb der Verwaltung, u. a. durch den Einsatz von KI.
- Umsetzung des Maßnahmenbündels der Task Force zum Abbau von Digitalisierungshemmnissen und konsequente Umsetzung des von der Landesregierung entwickelten Digitalchecks, um Gesetze und andere Regulierungen von Beginn an digitalfreundlich zu gestalten.
- Umsetzung der GreenIT-Strategie der Landesregierung.